

Pressemitteilung vom 25. Januar 2025 zur Bundestagswahl 2025

Initiative Familien kritisiert die intransparente Auswahl von 30 Organisationen und Verbänden, die Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2025 stellen dürfen.

Die Initiative Familie zeigt sich besorgt über die Entscheidung der demokratischen Parteien, die Wahlprüfsteine unserer Initiative und die anderer Vereine, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen vertreten, nicht zu beantworten.

In Anbetracht der knappen Zeit haben sich die Parteien darauf geeinigt, lediglich 30 Vereine und Institutionen in den Dialog einzubeziehen. Während wir die Notwendigkeit einer Begrenzung von Fragen nachvollziehen können, sind wir über die getroffene Auswahl alarmiert. Eine Analyse der ausgewählten 30 Verbände und Organisationen erhärtet die Erfahrungen aus den letzten Jahrzehnten: Kinder, Jugendliche und Familien scheinen für die Parteien als Wählergruppe nicht relevant zu sein. Stattdessen sind Wirtschafts- und Berufsverbände überproportional vertreten.

Es ist unverständlich, dass in dieser Liste keine Institution vertreten ist, die sich aktiv und ausschließlich für die Belange von Kindern, Jugendlichen und Familien einsetzt. Stattdessen dürfen beispielsweise der Deutsche Fußballverband und der Deutsche Hanfverband Fragen stellen. Diese Entscheidung wirft Fragen über die Prioritäten der Parteien auf und zeigt, welchen Stellenwert sie den Themen, die Kinder und Jugendliche betreffen, beimessen.

Wir fragen uns, ob die Parteien den Zusammenhang von Wirtschaft und Bildungsgerechtigkeit, von Kinderarmut und Demokratiegefährdung, von Generationengerechtigkeit und Familienpolitik wirklich nicht erkennen? Dies ist ein klares

Signal, dass die Stimmen derjenigen, die sich für die Zukunft unserer Kinder einsetzen, nicht gehört werden.

Initiative Familien kritisiert, dass die Parteien mit dieser Auswahl selbst entscheiden, wer relevant ist. Wenn es eine Begrenzung geben muss, dann müsste die Auswahl von einem unabhängigen Gremium getroffen werden, das die gesamte Breite des gesellschaftlichen Spektrums abbildet.

Wir fordern die Parteien auf, ihre Entscheidung zu überdenken und sicherzustellen, dass die Anliegen von Kindern, Jugendlichen und Familien in den politischen Diskurs einfließen. Es ist von größter Bedeutung, dass die Stimmen derjenigen, die sich für die Schwächsten in unserer Gesellschaft einsetzen, Gehör finden und es ist insbesondere die Aufgabe der Politik, diese Belange auch gegen mächtige Interessenvertretungen sowie mediale Strömungen zu verteidigen.

Wir laden alle interessierten Kollegen und Unterstützer ein, diese Pressemitteilung zu unterzeichnen und gemeinsam für die Rechte von Kindern und Familien einzutreten.

Für Rückfragen und weitere Informationen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Initiative Familien e.V.

www.initiativefamilien.de

Kontakt:

Katrin Lena Greiner, Vorstand (0171/369 17 43)

Bernhard Alberts, Vorstand (0151 6260 2421)

Dr.-Ing. Katja Wirfler, Vorstand (0171 4281799)

vorstand@initiativefamilien.de